

STÄNDIGE KOMMISSION FÜR SPRACHENKONTROLLE

Zusammenkunft der vereinigten Abteilungen  
Sitzung vom 10. Oktober 1985

---

Anwesend : Herr FLEERACKERS, Vorsitzender

Französische Abteilung : H. PLUNUS, Vize-Vorsitzender

HH. BERTOUILLE, JACOBS, BUSINE  
und FAUTRE, ordentliche Mitglieder

Niederländische Abteilung : H. VANHEE, Vize-Vorsitzender

HH. VAN LEUVEN, DEKEERSMAEKER,  
DECLERCK und VAN IMPE, ordent-  
liche Mitglieder.

Deutschsprachiges Mitglied : H. WEHR, ordentliches Mitglied.

Sekretäre : Frau VANDERMEIREN, Verwaltungsdirektor

H. PIESENS, dt. Verwaltungsdirektor

Nr. 16.003/II/P/D  
AR/MTV

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle,

Auf Grund der am 5. Januar 1984 eingereich-  
ten Klage beziehend auf verschiedene in der Presse des Monates  
Dezember 1983 veröffentlichte Artikel, welche insbesondere verschiedene  
Punkte aufführen, die den in dem deutschsprachigen Gebiet liegenden  
Diensten der Zoll- und Akzisenverwaltung zur Last zu legen sind :

../..

1. Neueinstellung von Beamten bei den Zollbehörden Eynatten-Lichtenbusch, ohne jede Kenntnisse der deutschen Sprache;
2. Einstellung von "Arbeitslosen nach Arbeitsbeschaffungsmassnahmen" für dieselbe Stelle, den Französischsprechenden aus der Wallonie vorbehalten, ohne Kenntnisse der deutschen Sprache;
3. Den Beamten des Niveaus 2 derselben Stelle zuerkannte Beförderung, welche keine deutschen Sprachkenntnisse nachgewiesen haben;
4. Ernennung eines Adjunkt-Regionaldirektors bei der Zollverwaltung, vorher in Mouscron beschäftigt; keinerlei Deutschkenntnisse;
5. Beim Zollamt Eynatten-Lichtenbusch angestellte weibliche Telefonistin, die weder Deutsch versteht noch spricht;
6. Zuteilung zum Eupener Zollager (Industriezone) von 3 Prüfern (vérificateurs), ohne jede Deutschkenntnisse;
7. Beim Zollamt Eynatten sind die bei der privaten Einfuhr von deutschen Rundfunk- und Fernsehgeräten auszufüllenden Formulare nur in französischer Sprache erhältlich.

Auf Grund der Artikel 60, § 1, und 61, §§ 3, 4 und 5, der Königlichen Verordnung vom 18. Juli 1966 über die Koordination der Gesetze beim Gebrauch der Sprachen in Verwaltungsangelegenheiten (K.S.G. = koordinierte Sprachgesetze).

In Erwägung, dass die Zoll- und Akzisenverwaltung auf eine Auskunftsanfrage über die aufgeführten Punkte unter dem 19. Juni 1984 antwortete, dass "Laut der Artikel 15, § 3, und 38, § 3, der K.S.G., die Dienste der Gemeinden des deutschsprachigen Gebietes so organisiert sind, um dem Publikum ohne jede Schwierigkeit den Gebrauch der französischen oder der deutschen Sprache zu ermöglichen; im übrigen schreiben die Sprachgesetze keine Sprachprüfung vor";

../..

In Erwägung, dass eine derartige Analyse offenkundig unrichtig ist, da dieselbe die Verpflichtung missachtet, die aus den Verfügungen der Artikel 15, § 1, und 38, § 1, der K.S.G. abzuleiten ist : "Niemand kann ernannt oder befördert werden in einem Lokaldienste des deutschsprachigen Gebietes oder in einem Regionaldienste im Sinne des Artikel 34, § 1, b, wenn er die Sprache des Gebietes, in diesem Falle die deutsche Sprache, nicht beherrscht";

Dass diese Kenntnisse dem Umstand zuzuschreiben sind, dass der Angestellte dem Unterricht in dieser Sprache gefolgt ist, oder, in Ermangelung eines solchen Diploms oder Zeugnisses, anhand einer Prüfung der Beweis erbracht werden muss, wie dies der Artikel 7 der Königlichen Verordnung Nr IX vom 30. November 1966 ausdrückt, dass er die fragliche Sprache kennt im selben Masse wie dies von den Kandidaten für dasselbe Amt oder dieselbe Stelle verlangt wird, die ihrem Unterricht in der Sprache dieses Amtes oder dieser Stelle gefolgt sind;

In Erwägung, dass an diese alle Angestellten betreffende Basisanforderung die Artikel 15, § 3, und 38, § 3, der K.S.G., die Verpflichtung hinzufügen, die betreffenden Dienste des deutschsprachigen Gebietes in der Weise zu organisieren, damit die französische Sprache durch das Publikum ohne jede Schwierigkeit gebraucht werden kann;

Dass die zuständige Behörde dem anhand von Massnahmen entspricht, welche sie als angebracht erachtet, sei es dass sie eine Basiskennntnis der französischen Sprache bezüglich gewisser Angestellten als genügend betrachtet, sei es dass sie beschliesst eine Sprachprüfung dieses Niveaus vorzunehmen, wie vorgesehen durch Artikel 15 der Königlichen Verordnung Nr. IX vom 30. November 1966 (siehe Gutachten S.K.S.K. Nr. 2162 vom 28. März 1968);

In Erwägung, dass nach der Rechtsauslegung des Staatsrates und der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle der Begriff "Ernennung" einer Auslegung im weitesten Sinne unterworfen ist, weil darin einzuschliessen sind die Rekrutierung, die Beförderung, die Versetzung oder die Zuteilung (siehe Gutachten S.K.S.K. Nr. 3919 A vom 16/10/1975, mit Hinweis auf das Gutachten S.K.S.K. Nr. 79 vom 9/3/1967 und Nr. 829 vom 15/2/1968, und den Beschluss des Staatsrates Nr. 14.137 vom 3/6/1970).

Dass, bezüglich der Punkte 1, 3 und 6 der Klage, die Zoll- und Akzisenverwaltung sich nicht nach den K.S.G. richtet, wenn sie zu einer Neueinstellung schreitet oder die Zuteilung beschliesst bei Lokaldiensten - zu denen die Zolldienste Eynatten und Eupen zählen - in dem deutschsprachigen Gebiet von Beamten, die den gesetzlichen Beweis der Kenntnis der deutschen Sprache nicht erbracht haben;

Dass sie gleichfalls den Verfügungen des Artikel 15, § 1, der K.S.G. zuwiderhandelt, wenn sie Angestellten eines Lokaldienstes des deutschsprachigen Gebietes, welche nicht denselben gesetzlichen Beweis über Deutschkenntnisse erbracht haben, eine Beförderung gewährt;

In Erwägung, dass die Anstellung von zeitweiligem Personal, unter gleichwelcher Form auch, die Dienste nicht von der Anwendung der K.S.G. entbindet (siehe Gutachten S.K.S.K. Nr. 11.158 vom 24/4/1980 und Nr. 14.163 vom 29/9/1983);

Dass, was den Punkt 2 der Klage betrifft, die obenerwähnten Sprachforderungen demzufolge durch die Zoll- und Akzisenverwaltung berücksichtigt werden müssen;

../..

In Erwägung, dass bezüglich des Punktes 4 der Klage, d.h. Ernennung beim Zoll eines Adjunkt-Regionaldirektors, die Verwaltung bemerkt (ihr Schreiben vom 17/1/1985) die betreffende Person leite einen Regionaldienst im Sinne des Artikels 36, § 1, der K.S.G., dessen Sitz Verviers ist; dass er ein einsprachig französischer Beamter ist, der von deutschsprachigen Untergebenen beigestanden wird, um den Erfordernissen der Sprachgesetze zu genügen;

In Erwägung, dass bezüglich der Punkte 5 und 7, wie aus den eingezogenen Erkundigungen hervorgeht, diese Verstösse behoben wurden, da die Zoll- und Akzisenverwaltung dieselben nicht abstreitet;

Beschliesst aus diesen Gründen, bei Einstimmigkeit, folgendes Gutachten abzugeben :

Artikel 1.- Die Neueinstellung, die Zuteilung oder die Beförderung von Personal, unter den Punkten 1, 3 und 6 der Klage aufgeführt, wurden in Zuwiderhandlung mit den Verfügungen des Artikels 15, § 1, der K.S.G. ausgeführt. Die Klage über diese Punkte wird als zulässig und begründet betrachtet.

Artikel 2.- Die Anwerbung von zeitweiligem Personal enthebt die Zoll- und Akzisenverwaltung nicht von der Anwendung der K.S.G. Die unter Punkt 2 angeführte Klage wird als zulässig und begründet betrachtet.

Artikel 3.- Durch Artikel 38, § 2, der K.S.G. wird nicht dazu aufgefordert, dass der Adjunkt-Regionaldirektor, Vorgesetzter eines Regionaldienstes, im Sinne des Artikels 36, § 1, mit Sitz in Verviers, einen Beweis über Kenntnisse der deutschen Sprache erbringen muss. Die in Punkt 4 erhobene Klage wird als zulässig, jedoch nicht als begründet betrachtet.

Artikel 4.- Die unter den Punkten 5 und 7 aufgeführte Klage wird, obwohl inzwischen gegenstandslos geworden, als zulässig und begründet angesehen.

Artikel 5.- Das gegenwärtige Gutachten wird dem Herrn Finanzminister notifiziert, mit der Bitte des Kommission die Folge mitzuteilen, welche er derselben vorbehalten wird. Dem Klageführer wurde gleichfalls Mitteilung gemacht.

Ausgestellt in Brüssel, am 10. Oktober 1985.

Die Sekretäre,

Der Vorsitzende,

S. VANDERMEIREN

R. PIESSENS

J. FLEERACKERS